

Informationen vom DGB-Bezirk Sachsen

The logo of the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is located in the top right corner. It consists of the letters 'DGB' in a bold, white, sans-serif font, set against a black, trapezoidal background that tapers to the right.

23. September 2010

Haushaltsplan 2011/2012 Forderungen und Kommentare des DGB

Der Haushaltsplan 2011/2012 bildet, nach den treffenden Worten des Sächsischen Rechnungshofes, „das politische Programm für die Planungsperiode in Haushaltszahlen ab“. Der DGB hat nach intensiver Auseinandersetzung mit dem Haushaltsplan erhebliche Zweifel, ob das Zahlenwerk geeignet ist, die Innovationsfähigkeit, den sozialen Zusammenhalt und die Generationengerechtigkeit in Sachsen zu fördern.

Die finanzwirtschaftlichen Daten sind bei weitem günstiger, als das Staatsministerium für Finanzen vorgibt.

Der DGB hat ein Gutachten über den Haushaltsplan 2011/2012 in Auftrag gegeben. Der Gutachter, der renommierte Berliner Finanzwissenschaftler Dr. Dieter Vesper, kommt zu dem Ergebnis, dass genug Spielraum besteht, ohne Neuverschuldung einen sozial gerechten und ausgeglichenen Haushaltsplan 2011/2012 vorzulegen, der die Zukunft der Menschen in Sachsen sichert. Die finanzpolitische Situation des Freistaats Sachsen ist deutlich günstiger, als es der Staatsminister der Finanzen in seiner Einbringungsrede vor dem Sächsischen Landtag am 2. September 2010 darstellte. Aufgrund der Steuerschätzung vom Mai 2010 und der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung seit Jahresbeginn 2010 können wir für beide Jahre des Haushaltsplans, 2011 und 2012, mit einem hohen Überschuss im Staatshaushalt rechnen. Der Finanzierungsüberschuss könnte 2012 bis zu 600 Mio. EUR betragen.

Kürzungen gefährden Arbeitsplätze

Die im Haushaltsplan 2011/2012 vorgesehenen Kürzungen dagegen würden etwa 30.000 – 35.000 Arbeitsplätze in Gefahr bringen. Das weitere wirtschaftliche Wachstum wird gefährdet. Mit einem solchen Abbau von Arbeitsplätzen und der Vernichtung wirtschaftlichen Wachstums werden gerade die zukünftigen Generationen in unzumutbarer Weise belastet.

Der Haushaltsplan und Zukunftsfragen

Der DGB ist der Auffassung, dass der Haushaltsplan 2011/2012 einer deutlichen Korrektur unterzogen werden und andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Die Förderung der Energieeffizienz und der Elektromobilität, der Technologietransfer in Klein- und Mittelunternehmen, die Unterstützung junger, innovationsfreudiger Unternehmen und ihre Ausstattung mit Risikokapital sind Zukunftsfragen für Sachsen. Wir können aber nicht erkennen, wo der Haushaltsplan 2011/2012 diesen Zukunftsfragen Rechnung trägt. Das gilt insbesondere für den Einzelplan 07 (SMWA).

Im Einzelplan 07 stehen gerade einmal 500.000 EUR für die Förderung etwa der Elektromobilität zur Verfügung. Aus demselben Haushaltstitel sollen dann auch noch investive und nichtinvestive Maßnahmen zu anderen Themen gefördert werden:¹ Wir meinen, dass das strategische Konzept „Elektromobilität“ eine bessere Ausstattung verdient hätte. 1

¹ Titel 07 03/ 862 04. Haushaltsplan 2011/2012. Einzelplan 07. Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Entwurf.

Million EUR erscheint uns angemessen. Auch sollte es einen eigenen Schwerpunkt „Innovationsförderung“ im Einzelplan 07 geben.

Wir vermissen zielgerechte Wirtschaftsförderung

Unter dem Titel „allgemeine Wirtschaftsförderung“ im Haushaltsplan des Sächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit verbirgt sich eine Vielzahl unterschiedlichster Maßnahmen und Initiativen, die manchmal mehr und manchmal weniger miteinander zu tun haben. Ein politisches Programm können wir dahinter nicht entdecken. Wir können nicht erkennen, ob das SMWA ein Konzept für die Stärkung der Innovationskraft in Sachsen hat und welche Maßnahmen es zur Erhöhung der Produktivität der sächsischen Betriebe treffen will.

Fördermaßnahmen sind nicht ausgewogen

Die Strukturpolitik des SMWA ist schon verschiedentlich evaluiert worden. Die Berichte deuten immer wieder auf zwei entscheidende Schwächen hin. Die Fördermaßnahmen sind nicht ausgewogen und sie sorgen nicht für eine nachhaltige Umorientierung der sächsischen Wirtschaft. Die Förderpolitik hat die Unterschiede zwischen den Landesteilen verfestigt. Der demografische Wandel wird die regionalen Ungleichgewichte noch verschärfen.² Außerdem werden zu wenig vorbeugende Maßnahmen für eine Umsteuerung der sächsischen Wirtschaft auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz ergriffen. Aus dem Haushaltsplan 2011/2012 ist nicht ersichtlich, wie die Strukturpolitik in Zukunft zu einer gleichmäßigeren und nachhaltigen Entwicklung des Freistaats beitragen will. Eine Korrektur erscheint dringend angebracht.

Kleinen und mittleren Unternehmen werden die Mittel entzogen

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft. Der DGB ist sehr besorgt darüber, dass diesem Rückgrat der sächsischen Wirtschaft im Haushaltsplan 2011/2012 mehr und mehr Mittel entzogen werden. Die Mittel für die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen und für die Markterschließung von KMU's zum Beispiel sinken von 5,9 Mio. EUR 2010 auf 5 Mio. EUR 2011 bzw. 2012 (-13%).³ Die Hilfen für KMU's bei der Exportsteigerung und der Erschließung internationaler Märkte sinken von 4 Mio. EUR auf 3,5 Mio. EUR (-12,5%).⁴ Werden KMU'S in Zukunft weniger gut beraten und bekommen sie weniger Hilfe, wenn sie sich auf die Globalisierung einstellen und internationale Märkte erschließen wollen?

Die Innovationsfähigkeit des Freistaats wird nicht sichergestellt

Der Haushaltsplan muss sich daran messen lassen, ob er die Innovationsfähigkeit des Freistaats sicherstellt. Der DGB ist nicht der Auffassung, dass dies gelungen ist. Für die einzelbetriebliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungs- (FuE) Projekten zur Entwicklung neuer Produkte und Verfahren gibt es im Haushalt des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst statt 42,9 Mio. EUR 2010 nur noch 32,4 Mio. EUR 2011 (-10,5 Mio. EUR).⁵ Auch FuE-Kooperationen zur Entwicklung neuer Produkte und Verfahren werden weniger gefördert. Statt 50,4 Mio. EUR (2010) gibt es im Haushalt desselben Ministeriums nur noch 43,2 Mio. EUR (2011). Das sind 7,2 Mio. EUR weniger.⁶ Gerade

² Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms zur Strukturfondsförderung des Freistaates Sachsen 2000-2006. (Los 4). Endbericht. IfS. Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik. November 2005.

³ Titel 07 03/682 01. Einzelplan 07.

⁴ Titel 07 03/686 81. Einzelplan 07.

⁵ Titel 12 03/686 03. Haushaltsplan 2011/2012. Einzelplan 12. Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Entwurf.

⁶ Titel 12 03/ 686 04. Einzelplan 12.

die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren sollte aber im Interesse der Zukunft von Arbeitsplätzen im Freistaat weiterhin entschieden gefördert werden.

Der Fachkräftemangel wird nicht bekämpft

Es ist jetzt schon absehbar, dass die Sächsische Wirtschaft in wenigen Jahren unter einem erheblichen Mangel an Fachkräften leiden wird. Für die Fachkräftesicherung hat das SMWA im Haushaltsplan 2011 984.000 EUR übrig.⁷ Damit sollen aber nicht nur eine Fachkräfteinitiative für den Freistaat gefördert werden, sondern auch noch Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung) und Maßnahmen für die Berufsorientierung. Fachkräftesicherung sowie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nach Auffassung des DGB zentrale Themen für die Zukunft Sachsens und sollten je einen eigenen Schwerpunkt im Haushalt des Freistaates bekommen. Allein für die Fachkräftesicherung sollte mindestens 1 Million Euro bereit gestellt werden.

Die Zukunftsthemen „gute Arbeit“ und altersgerechte Arbeitsbedingungen“ geraten ins Hintertreffen

Wenn Fachkräfte knapp werden, werden die Betriebe um die Fachkräfte, ob jünger oder älter, werben müssen, und zwar mit guter Arbeit. Was tut das SMWA, um den Freistaat auf das Zukunftsthema Schaffung guter, nachhaltiger, altersgerechter Arbeit vorzubereiten? Ohne altersgerechte Arbeitsbedingungen, ohne „gute Arbeit“ und entsprechendes Engagement für den Arbeitsschutz kann man den demografischen Wandel nicht meistern. Aber selbst die geringen Kosten von 200.000 EUR im Haushalt 2010 für die Arbeitsschutz-Allianz Sachsen, in der Staatsregierung, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Behörden wie die Bundesanstalt für Arbeitsschutz zusammengearbeitet haben, sind dem SMWA noch zu viel. Die Arbeitsschutzallianz Sachsen muss in Zukunft aus dem Haushaltsposten für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit des SMWA mitfinanziert werden. Dieser Haushaltstitel schrumpft aber von 400.000 EUR auf 230.000 EUR. Für Arbeitsschutz dürfte da nicht mehr viel übrig bleiben. Der DGB ist der Meinung, dass die Arbeitsschutz-Allianz mit angemessenen Mitteln von mindestens 500.000 EUR ausgestattet werden sollte. Denn Arbeitsschutz und gute Arbeitsbedingungen entscheiden mit darüber, ob es gelingt, den demografischen Wandel zu bewältigen.

Fachkräfte sind nur dann zu bekommen, wenn für die Arbeit auch ein vernünftiges Gehalt gezahlt wird. Mit Niedriglöhnen kann man keine Fachkräfte anwerben. Die Staatsregierung scheint aber hartnäckig an ihrer Vision festzuhalten, wonach der Freistaat vor allem mit Niedriglöhnen konkurrenzfähig bleiben soll.

Forschung und Entwicklung – das Aschenputtel?

In Sachsen wird 2,6% des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert.⁸ Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der gewerblichen Wirtschaft ist in Sachsen mit 1,4% des BIP noch zu niedrig. Umso bedeutender für den Erhalt der Innovationskraft der sächsischen Wirtschaft ist die universitäre und außeruniversitäre Forschung. Im Haushaltsplan 2011/2012 werden aber die Mittel für Universitäten und Hochschulen sowie Forschung gekürzt. Wir konnten im Haushaltsplan 2011/2012 auch keinen Hinweis darauf entdecken, wie die gewerbliche Wirtschaft zu einer

⁷ Titel 07 07/532 05. Einzelplan 07.

⁸ Jutta Günther/Katja Wilde/Marco Sunder/Mirko Titze: 20 Jahre nach dem Mauerfall: Stärken, Schwächen und Herausforderungen des ostdeutschen Innovationssystems heute. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 17-2010. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Februar 2010. Alle Zahlen aus dem Jahr 2007.

Steigerung ihrer Innovationstätigkeit animiert werden soll. Die vorgesehenen drastischen Kürzungen bei den Hochschulen und Universitäten sowie der Forschung schaden den zukünftigen Generationen.

Bildung – zentral für die Zukunft der Menschen und des Landes

Ausgaben für Wissenschaft und Bildung sind von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Menschen und des Landes, sowie für das zukünftige wirtschaftliche Wachstum im Freistaat Sachsen. Bildungsausgaben erhöhen Lebenschancen und bestimmen das Produktivitätsniveau. Sachsen leidet ohnehin schon unter geringerer Produktivität. Die bei Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen sowie bei Schulen vorgesehenen Streichungen im Haushaltsplan 2011/2012 sind kontraproduktiv. Die Mittel für Forschungsförderung dürfen nicht derartig zusammen gestrichen werden.

Die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen soll drastisch reduziert werden. Die Staatsregierung begründet das so: sie wolle die Anzahl der Lehrerstellen im Freistaat an das in den westdeutschen Flächenländern üblichen Maß anpassen. Damit der Freistaat auch in Zukunft besser ist als der bundesdeutsche Durchschnitt, soll ein 5%-iger „Qualitätszuschlag“ erhoben werden. Sachsen würde 5% mehr Lehrerinnen und Lehrer als die westdeutschen Flächenländer bekommen. Dabei gibt es jetzt schon einen Qualitätszuschlag, nur in der Höhe von 20%.

Das Vorhaben der Staatsregierung bedeutet: bis zum Jahr 2020 werden in Sachsen weit mehr als 1.100 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer abgebaut und die Menschen des Freistaates werden in den Bildungskeller geschickt. Denn im internationalen Durchschnitt steht die Bundesrepublik Deutschland bei der Ausstattung mit Lehrerstellen sehr schlecht da. Ein 5%iger „Qualitätszuschlag“ ist in Wirklichkeit ein Abschlag auf den bis jetzt üblichen Qualitätszuschlag von 20% und wird Sachsen nicht aus dem Bildungskeller herausbringen. Die im Haushaltsplan 2011/2012 vorgesehenen Kürzungen verschlechtern die Bildungschancen und damit die Lebenschancen zukünftiger Generationen.

Lebenslanges Lernen – Fehlanzeige?

Gemeinden und Gemeindeverbände bekommen Zuweisungen aus dem Staatshaushalt, um Weiterbildungseinrichtungen wie Volkshochschulen sowie lebenslanges Lernen zu fördern. Auch diese Mittel werden gekürzt, von 2,9 Mio. EUR 2010 auf 2,38 Mio. EUR 2011 bzw. 2012 (512.000 oder -17%).⁹ Zuschüsse an freie Träger von Weiterbildungseinrichtungen werden ebenfalls gekappt, von 3,68 Mio. EUR 2010 auf 3,31 Mio. EUR 2011 (-370.000 oder -10%).¹⁰ Mit den vorgesehenen Kürzungen wird lebenslanges Lernen erschwert.

Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen

Der Haushaltsplan 2011/2012 erweckt den Eindruck, als seien die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Sachsen mit öffentlichen Dienstleistungen reichlich versorgt. Der Alltagserfahrung entspricht das nicht. Auch aus einem Vergleich mit den anderen Bundesländern lässt sich für den Freistaat keine Notwendigkeit ableiten, die Ausgaben so drastisch wie geplant zu kürzen. Sachsen beschäftigt in der Summe nicht mehr Personal als die anderen ostdeutschen Länder, auch nicht mehr als im „Referenzland“ Rheinland-Pfalz.

⁹ Titel 05 03/633 81. Haushaltsplan 2011/2012. Einzelplan 05. Staatsministerium für Kultus und Sport. Entwurf.

¹⁰ Titel 05 03/684 81. Einzelplan 05.

Kahlschlagartige Stellenkürzungen bei der Polizei sowie bei Lehrern und Hochschulpersonal gefährden die Zukunft des Landes. Sie müssen zurückgenommen werden. Der DGB fordert die Staatsregierung auf, sich mit den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes an einen Tisch zu setzen und gemeinsam über die Zukunft des Öffentlichen Dienstes in Sachsen zu beraten.

Die Streichung der Sonderzahlung bei Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleuten und anderen Beamten muss ebenfalls zurückgenommen werden. Die Begründung dafür ist geradezu hanebüchen: „Mit Blick auf die geringe Wirtschaftskraft, die hohe Arbeitslosigkeit im Freistaat Sachsen und das niedrigere Bezahlungsniveau für vergleichbare Beschäftigte außerhalb des öffentlichen Dienstes ist die vorgesehene Maßnahme gerechtfertigt.“¹¹ Wird die Wirtschaftskraft Sachsens etwa gestärkt, wenn man den Beamten das Weihnachtsgeld wegnimmt?

Steigende Kinderzahlen fordern einen besseren Personalschlüssel in den Kitas

Der Haushaltsplan 2011/2012 rechnet mit einem Anstieg der Kinderzahlen in den Kindertageseinrichtungen und plant dementsprechend, die Landeszuschüsse an die Kommunen zu erhöhen. Wer „A“ sagt, muss bekanntlich auch „B“ sagen. Um den Anforderungen frühkindlicher Bildung gerecht zu werden, muss bei steigenden Kinderzahlen auch der Personalschlüssel verbessert werden.

Soll der ländliche Raum abgehängt werden?

Die Zuweisungen des Bundes an den Freistaat Sachsen nach dem Gesetz zur Regionalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs steigen, und zwar von 412 Mio. EUR im Jahre 2010 auf 431 Mio. EUR 2012.¹² Die Zuweisungen des Freistaats an seine Kommunen gehen hingegen zurück. Sie sinken um 21 Mio. EUR, von 397 Mio. EUR 2010 auf 378 Mio. EUR 2012 (- 19 Mio. EUR).¹³ Diese Kürzungen bei Eisenbahnen und im Öffentlichen Nahverkehr gefährden die Infrastruktur und die Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum.

Die Zuschüsse zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum machen einen riesigen Satz nach unten, sie fallen von 53,7 Mio. EUR 2010 auf 34,5 Mio. EUR 2011 (- 19,2 Mio. EUR), steigen im folgenden Jahr aber wieder auf 45,3 Mio. EUR (-8,4 im Vergleich zu 2010).¹⁴

Chancengleichheit von Frauen und Männern

Der im Haushaltsplan 2011/2012 vorgesehenen Kürzungen betroffen besonders hart die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Förderung von Existenzgründungen und Unternehmenssicherungen von Frauen im ländlichen Raum wird um mehr als die Hälfte gekürzt und sinkt von 900.000 EUR 2010 auf nur noch 400.000 EUR 2011.¹⁵ Die Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist dem Sozialministerium nur noch 185.000 EUR wert (2011), statt 640.000 EUR, wie noch 2010.¹⁶ Man könnte den Eindruck bekommen, die Chancengleichheit im Freistaat sei schon verwirklicht, und die Fördermittel könnten entsprechend abgebaut werden. Dem ist aber bei weitem nicht so.

¹¹ Haushaltsplan 2011/2012. Gesamtplan. Entwurf, S. 115.

¹² Titel 07 04/231 22. Einzelplan 07.

¹³ Titel 07 04/637 05. Einzelplan 07.

¹⁴ Titelgruppe 09 08/63. Haushaltsplan 2011/2012. Einzelplan 09. Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft. Entwurf.

¹⁵ 08 06/681 70. Haushaltsplan 2011/2012. Einzelplan 08. Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Entwurf.

¹⁶ Titel 08 09/686 03. Einzelplan 08.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Mittel, mit denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden soll, werden massiv gekürzt. Das kostenfreie letzte Vorschuljahr in den Kindergärten wird ersatzlos gestrichen. Zuschüsse zur Förderung von Familienerholungs- und Familienbildungsmaßnahmen werden vom Sozialministerium fast auf ein Drittel zusammengestrichen, von 1,85 Mio. EUR 2010 auf 0,66 Mio. EUR 2011.¹⁷ Die Förderung von Beratungsstellen für Ehe-, Familie- und Lebensberatung sinkt von 385.000 EUR 2010 auf 270.000 EUR 2011 (- 115.000 EUR oder 30%).¹⁸ Seinem Anspruch, das familienfreundlichste Bundesland zu werden, wird der Freistaat so sicher nicht gerecht und seine Attraktivität für Fachkräfte erhöht sich so auch nicht.

„Jugend ist Zukunft“ – auch im Freistaat Sachsen?

Hier wird vor allem bei der Jugendsozialarbeit sowie beim Kinder- und Jugendschutz gespart. Die Zuweisungen für Jugendsozialarbeit und Kinder- und Jugendschutz sinken von 22,4 Mio. EUR 2010 auf 15,7 Mio. EUR 2011 und 2012.¹⁹

Für ihre Jugendarbeit erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Jugendpauschale. Pro Jugendlichen wird es künftig nur noch höchstens 10,40 EUR statt 14,30 EUR geben. Das bedeutet: Die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Jugendarbeit aus dem Etat des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz gehen von 15,6 Mio. EUR 2010 auf 11,4 Mio. EUR 2011 zurück (- 4,2 Mio. EUR oder 26% weniger).²⁰

Der Kinder- und Jugendring Sachsen rechnet damit, dass Defizite von bis zu je 500.000 EUR auf die Landkreise und kreisfreien Städte zukommen werden. Die Städte und Landkreise werden diese Defizite nicht ausgleichen können und notgedrungen bei den Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe kürzen müssen. Es wird bedeutend weniger Bildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche geben. Dem sozialen Zusammenhalt in Sachsen tut das nicht gut. Der DGB ist der Meinung, dass die Jugendpauschale wieder auf 14,30 EUR angehoben werden sollte. Auch die Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vorbeugung antidemokratischen Handelns sollten in alter Höhe von 2 Mio. EUR bestehen bleiben.

Die Unterstützung für ein Freiwilliges Soziales Jahr wird drastisch zurechtgekürzt, von 2 Mio. auf 0,9 Mio. EUR.²¹ Nach Schätzungen des Kinder- und Jugendrings Sachsen gehen damit an die 600 Stellen für ein Freiwilliges Soziales Jahr verloren.

Zusammenfassend

Die finanzwirtschaftlichen Daten setzen den Freistaat Sachsen keinesfalls unter Druck, über derart drastische Ausgabenkürzungen, wie sie der Haushaltsplan 2011/2012 vorsieht, den Landeshaushalt konsolidieren zu müssen. Die vorgese-

¹⁷ Titel 08 09/684 01. Einzelplan 08.

¹⁸ Titel 08 09/685 01. Einzelplan 08.

¹⁹ Titel 262, 272, 274. Funktionenübersicht, Haushaltsplan 2011/2012. Gesamtplan.

²⁰ Titel 08 04/633 74. Einzelplan 08.

²¹ Titel 08 04/686 74. Einzelplan 08.

hnen Kürzungen sind unnötig und gesamtwirtschaftlich gefährlich. Im Interesse einer guten Zukunft aller Menschen in Sachsen sollte den Kürzungen im Haushaltsplan 2011/2012 nicht zugestimmt werden.

Weitere Informationen: Willy.Buschak@dgb.de